

# LANDESGESETZBLATT

## FÜR DAS BURGENLAND

---

**Jahrgang 2009**
**Ausgegeben und versendet am 2. Dezember 2009**
**38. Stück**


---

75. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem das Burgenländische Jugendwohlfahrtsgesetz geändert wird (XIX. Gp. IA 1207 AB 1251) [CELEX Nr. 32005L0036]
76. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem die anzuwendende Volkszahl festgelegt wird (XIX. Gp. IA 1206 AB 1250)
77. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (XIX. Gp. RV 1198 AB 1244)
78. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (XIX. Gp. RV 1199 AB 1245)
79. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (11. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997) (XIX. Gp. RV 1197 AB 1243) [CELEX Nr. 32003L0109, 32004L0038]
80. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985 geändert wird (21. Novelle zum Landesvertragsbedienstetengesetz 1985) (XIX. Gp. RV 1200 AB 1246) [CELEX Nr. 32003L0109, 32004L0038]
- 

### **75. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem das Burgenländische Jugendwohlfahrtsgesetz geändert wird**

Der Landtag hat beschlossen:

Das Burgenländische Jugendwohlfahrtsgesetz, LGBl. Nr. 32/1992, zuletzt geändert durch Gesetz LGBl. Nr. 9/2009, wird wie folgt geändert:

*1. § 6 Abs. 2 lautet:*

„(2) Die Leiterin oder der Leiter der beim Amt der Landesregierung mit den Aufgaben der Jugendwohlfahrt betrauten Dienststelle muss ein abgeschlossenes Universitätsstudium auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft aufweisen. Die Fachaufsicht beim Amt der Landesregierung über die Geschäfte der Sachwalterschaft und Vormundschaft muss in Händen rechtskundiger Personen liegen. Die Fachaufsicht und Fachberatung beim Amt der Landesregierung über Sozialarbeit muss in Händen von Absolventinnen oder Absolventen einer Akademie für Sozialarbeit oder eines Fachhochschulstudienlehrgangs für Sozialarbeit mit mindestens 5-jähriger Berufserfahrung, davon wenigstens drei Jahre im Rahmen der Jugendwohlfahrt in einer Bezirksverwaltungsbehörde, liegen.“

*2. § 6 Abs. 4 lautet:*

„(4) Mit Aufgaben der Sozialarbeit dürfen nur folgende Personen betraut werden:

1. Absolventinnen oder Absolventen einer in der Republik Österreich gültigen Ausbildung für Sozialarbeit,
2. Absolventinnen oder Absolventen einer anerkannten gleichwertigen Ausbildung, die in einem anderen Staat erworben wurde,
3. Psychologinnen oder Psychologen mit akademischer Graduierung.“

*3. Nach § 6 wird folgender § 6a eingefügt:*

**„§ 6a**

**Anerkennung von Ausbildungen**

(1) Folgende Ausbildungen gemäß § 6 Abs. 4 Z 2 werden von der Landesregierung gemäß der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen anerkannt:

1. Ausbildungen, die in einem Mitgliedstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erworben wurden,

2. Ausbildungen eines anderen Landes, dessen Staatsangehörigen Österreich auf Grund eines Staatsvertrags im Rahmen der Europäischen Integration dieselben Rechte für den Berufszugang zu gewähren hat wie österreichischen Staatsbürgern.

(2) Bestehen wesentliche Unterschiede in der Ausbildung, so hat die Antragstellerin oder der Antragsteller die fehlende Qualifikation nach ihrer oder seiner Wahl entweder durch einen höchstens 3-jährigen Anpassungslehrgang oder durch eine Eignungsprüfung nachzuweisen.

(3) Über die Anerkennung (Nostrifikation) entscheidet die Landesregierung. Über einen Antrag ist innerhalb von vier Monaten zu entscheiden.“

Der Präsident des Landtages:  
Prior

Der Landeshauptmann:  
Nießl

## **76. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem die anzuwendende Volkszahl festgelegt wird**

Der Landtag hat beschlossen:

### **Inhaltsverzeichnis**

- Artikel 1 Änderung des Bgld. Musikschulförderungsgesetzes
- Artikel 2 Änderung des Gemeindegeldgesetzes 1971
- Artikel 3 Änderung des Burgenländischen Gemeindebezügegesetzes
- Artikel 4 Änderung des Burgenländischen Seniorengesetzes 2002
- Artikel 5 Änderung des Burgenländischen Rettungsgesetzes 1995
- Artikel 6 Änderung des Gemeindebedienstetengesetzes 1971
- Artikel 7 Änderung des Bgld. Abfallwirtschaftsgesetzes 1993
- Artikel 8 Änderung des Burgenländischen Krankenanstaltengesetzes 2000

### **Artikel 1**

#### **Änderung des Bgld. Musikschulförderungsgesetzes**

Das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, LGBl. Nr. 36/1993, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 60/2005, wird wie folgt geändert:

#### *1. § 5 Abs. 2 lautet:*

„(2) Die burgenländischen Gemeinden haben im Verhältnis der Volkszahl 20 % der im Abs. 1 genannten Personalkosten zu tragen. Die Volkszahl (Wohnbevölkerung) bestimmt sich ab dem Jahr 2009 nach dem von der Bundesanstalt Statistik Österreich in der Statistik des Bevölkerungsstands festgestellten Ergebnis zum Stichtag 31. Oktober, das auf der Internet-Homepage der Bundesanstalt Statistik Österreich bis zum November des dem Stichtag nächstfolgenden Kalenderjahres kundgemacht wird, und wirkt mit dem Beginn des dem Stichtag folgenden übernächsten Kalenderjahres, hinsichtlich der ersten Statistik des Bevölkerungsstands zum Stichtag 31. Oktober 2008 jedoch für die Jahre 2009 und 2010. Im Jahr 2009 bestimmt sich die Volkszahl bis zur Kundmachung der Statistik des Bevölkerungsstands zum Stichtag 31. Oktober 2008 nach einer vorläufigen Wohnbevölkerung auf Basis der der Bundesanstalt Statistik Österreich im November 2008 zur Verfügung stehenden Daten. Der Ausgleich für das Jahr 2009 hat bei der auf das Feststehen der endgültigen Volkszahl zum Stichtag 31. Oktober 2008 folgenden Jahresabrechnung zu erfolgen.“

#### *2. Der bisherige Wortlaut des § 9 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“; dem Abs. 1 wird folgender Abs. 2 angefügt:*

„(2) § 5 Abs. 2 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 76/2009 tritt mit 1. Jänner 2009 in Kraft.“

## **Artikel 2**

### **Änderung des Gemeindesanitätsgesetzes 1971**

Das Gemeindesanitätsgesetz 1971, LGBl. Nr. 14/1972, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 28/2006, wird wie folgt geändert:

1. Im § 7 Abs. 2 wird das Wort „Einwohnerzahl“ durch die Wortfolge „kundgemachte Volkszahl nach der letzten Volkszählung“ ersetzt.

2. Im § 9 Abs. 2 wird das Wort „Einwohnerzahl“ durch das Wort „Volkszählung“ ersetzt.

3. § 37 Abs. 1 lautet:

„(1) Das Land hat den Gemeinden den Aufwand zu ersetzen, der durch die Anwendung der §§ 22, 25, 26, 27 und 30 auf die Gemeinde- bzw. Kreisärzte erwächst. Die Gemeinden und Sanitätskreise haben dem Land einen Beitrag zu leisten; dieser ist mit dem Betrag zu bemessen, der sich durch die Aufteilung der Hälfte des gesamten Pensionsaufwands auf die einzelnen Gemeinden und Sanitätskreise nach Maßgabe ihrer Volkszahl ergibt. Diese Volkszahl (Wohnbevölkerung) bestimmt sich ab dem Jahr 2009 nach dem von der Bundesanstalt Statistik Österreich in der Statistik des Bevölkerungsstands festgestellten Ergebnis zum Stichtag 31. Oktober, das auf der Internet-Homepage der Bundesanstalt Statistik Österreich bis zum November des dem Stichtag nächstfolgenden Kalenderjahres kundgemacht wird, und wirkt mit dem Beginn des dem Stichtag folgenden übernächsten Kalenderjahres, hinsichtlich der ersten Statistik des Bevölkerungsstands zum Stichtag 31. Oktober 2008 jedoch für die Jahre 2009 und 2010. Im Jahr 2009 bestimmt sich die Volkszahl bis zur Kundmachung der Statistik des Bevölkerungsstands zum Stichtag 31. Oktober 2008 nach einer vorläufigen Wohnbevölkerung auf Basis der der Bundesanstalt Statistik Österreich im November 2008 zur Verfügung stehenden Daten. Der Ausgleich für das Jahr 2009 hat bei der auf das Feststehen der endgültigen Volkszahl zum Stichtag 31. Oktober 2008 folgenden Jahresabrechnung zu erfolgen.“

4. Im § 38 Abs. 2 zweiter und dritter Satz wird das Wort „Einwohnerzahl“ durch das Wort „Volkszählung“ ersetzt.

5. § 38 Abs. 2 letzter Satz lautet:

„Für die Berechnung der Volkszahl und den Ausgleich der Jahresabrechnungen gilt § 37 Abs. 1.“

6. Dem § 47 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die Änderungen von § 7 Abs. 2, § 9 Abs. 2, § 37 Abs. 1 und § 38 Abs. 2 zweiter, dritter und letzter Satz in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 76/2009 treten mit 1. Jänner 2009 in Kraft.“

## **Artikel 3**

### **Änderung des Burgenländischen Gemeindebezügegesetzes**

Das Burgenländische Gemeindebezügegesetz - Bgld. GBG, LGBl. Nr. 14/1998, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 17/2008, wird wie folgt geändert:

Im § 25 wird die Wortfolge „vom Österreichischen Statistischen Zentralamt veröffentlichten Wohnbevölkerung“ durch die Wortfolge „kundgemachte Volkszahl“ ersetzt.

## **Artikel 4**

### **Änderung des Burgenländischen Seniorengesetzes 2002**

Das Burgenländische Seniorengesetz 2002, LGBl. Nr. 90, wird wie folgt geändert:

1. Im § 4 Abs. 1 letzter Satz entfällt die Wortfolge „Ordentlichen“.

2. Im § 4 Abs. 2 erster Satz wird die Wortfolge „vom Österreichischen Statistischen Zentralamt“ durch die Wortfolge „von der Bundesanstalt Statistik Österreich“ ersetzt.

## Artikel 5

### Änderung des Burgenländischen Rettungsgesetzes 1995

Das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, LGBl. Nr. 30/1996, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 83/2005, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 9 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Diese Verordnung kann für das laufende Kalenderjahr rückwirkend erlassen werden.“

2. § 9 Abs. 10 lautet:

„(10) Die der Berechnung des Rettungsbeitrags zugrunde liegende Einwohnerzahl bestimmt sich ab dem Jahr 2009 nach dem von der Bundesanstalt Statistik Österreich in der Statistik des Bevölkerungsstands festgestellten Ergebnis zum Stichtag 31. Oktober, das auf der Internet-Homepage der Bundesanstalt Statistik Österreich bis zum November des dem Stichtag nächstfolgenden Kalenderjahres kundgemacht wird, und wirkt mit dem Beginn des dem Stichtag folgenden übernächsten Kalenderjahres, hinsichtlich der ersten Statistik des Bevölkerungsstands zum Stichtag 31. Oktober 2008 jedoch für die Jahre 2009 und 2010. Im Jahr 2009 bestimmt sich die Volkszahl bis zur Kundmachung der Statistik des Bevölkerungsstands zum Stichtag 31. Oktober 2008 nach einer vorläufigen Wohnbevölkerung auf Basis der der Bundesanstalt Statistik Österreich im November 2008 zur Verfügung stehenden Daten. Der Ausgleich für das Jahr 2009 hat bei der am 1. April 2010 fälligen Rate zu erfolgen.“

3. Dem § 22 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Die Änderungen von § 9 Abs. 1 und 10 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 76/2009 treten mit 1. Jänner 2009 in Kraft.“

## Artikel 6

### Änderung des Gemeindebedienstetengesetzes 1971

Das Gemeindebedienstetengesetz 1971, LGBl. Nr. 13/1972, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 88/2008, wird wie folgt geändert:

1. Im § 33 Abs. 2 wird das Wort „Einwohnerzahl“ durch die Wortfolge „aufgrund der letzten Volkszählung kundgemachte Volkszahl“ ersetzt.

2. § 35 Abs. 2 wird jeweils das Wort „Einwohnerzahl“ durch das Wort „Volkszählung“ ersetzt und es entfällt die Wortfolge „vom Österreichischen Statistischen Zentralamt“.

3. Im § 37 Abs. 1 zweiter Satz wird das Wort „Einwohnerzahl“ durch das Wort „Volkszählung“ ersetzt.

4. § 37 Abs. 1 letzter Satz lautet:

„Diese Volkszählung (Wohnbevölkerung) bestimmt sich ab dem Jahr 2009 nach dem von der Bundesanstalt Statistik Österreich in der Statistik des Bevölkerungsstands festgestellten Ergebnis zum Stichtag 31. Oktober, das auf der Internet-Homepage der Bundesanstalt Statistik Österreich bis zum November des dem Stichtag nächstfolgenden Kalenderjahres kundgemacht wird, und wirkt mit dem Beginn des dem Stichtag folgenden übernächsten Kalenderjahres, hinsichtlich der ersten Statistik des Bevölkerungsstands zum Stichtag 31. Oktober 2008 jedoch für die Jahre 2009 und 2010. Im Jahr 2009 bestimmt sich die Volkszählung bis zur Kundmachung der Statistik des Bevölkerungsstands zum Stichtag 31. Oktober 2008 nach einer vorläufigen Wohnbevölkerung auf Basis der der Bundesanstalt Statistik Österreich im November 2008 zur Verfügung stehenden Daten. Der Ausgleich für das Jahr 2009 hat bei der auf das Feststehen der endgültigen Volkszählung zum Stichtag 31. Oktober 2008 folgenden Jahresabrechnung zu erfolgen.“

5. Dem § 47 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die Änderungen von § 33 Abs. 2, § 35 Abs. 2 und § 37 Abs. 1 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 76/2009 treten mit 1. Jänner 2009 in Kraft.“

## Artikel 7

### Änderung des Bgld. Abfallwirtschaftsgesetzes 1993

Das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, LGBl. Nr. 10/1994, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 7/2008, wird wie folgt geändert:

Im § 44 Abs. 3 letzter Satz entfällt die Wortfolge „vom Österreichischen Zentralamt“.

## Artikel 8

### Änderung des Burgenländischen Krankenanstaltengesetzes 2000

Das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 - Bgld. KAG 2000, LGBl. Nr. 52, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 82/2005, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 66 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Die Gemeindebeiträge werden im Verhältnis der Volkszahl berechnet. Diese Volkszahl (Wohnbevölkerung) bestimmt sich ab dem Jahr 2009 nach dem von der Bundesanstalt Statistik Österreich in der Statistik des Bevölkerungsstands festgestellten Ergebnis zum Stichtag 31. Oktober, das auf der Internet-Homepage der Bundesanstalt Statistik Österreich bis zum November des dem Stichtag nächstfolgenden Kalenderjahres kundgemacht wird, und wirkt mit dem Beginn des dem Stichtag folgenden übernächsten Kalenderjahres, hinsichtlich der ersten Statistik des Bevölkerungsstands zum Stichtag 31. Oktober 2008 jedoch für die Jahre 2009 und 2010. Im Jahr 2009 bestimmt sich die Volkszahl bis zur Kundmachung der Statistik des Bevölkerungsstands zum Stichtag 31. Oktober 2008 nach einer vorläufigen Wohnbevölkerung auf Basis der der Bundesanstalt Statistik Österreich im November 2008 zur Verfügung stehenden Daten. Der Ausgleich für das Jahr 2009 hat bei der auf das Feststehen der endgültigen Volkszahl zum Stichtag 31. Oktober 2008 folgenden Vorschreibung zu erfolgen.“

2. Dem § 86 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Die Änderung von § 66 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 76/2009 tritt mit 1. Jänner 2009 in Kraft.“

Der Präsident des Landtages:  
Prior

Der Landeshauptmann:  
Nießl

## **77. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird**

Der Landtag hat beschlossen:

Das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 - LBBG 2001, LGBl. Nr. 67, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 85/2008, wird wie folgt geändert:

1. In § 14 Abs. 2 wird die Wortfolge „nach diesem Gesetz“ durch die Wortfolge „aus dem Landesdienstverhältnis“ ersetzt.

2. In § 30 Abs. 5 letzter Satz wird vor dem Satzpunkt die Wortfolge „oder in dem die Bezüge der Beamtin oder des Beamten entfallen“ eingefügt.

3. § 33 Abs. 3 entfällt.

4. In § 35a Abs. 1 wird das Wort „seinen“ durch die Wortfolge „allen nach dem 31. Dezember 1948 geborenen Beamtinnen und“ ersetzt.

5. Die Tabelle in § 41 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe				
	E	D	C	B	A
	Euro				
1	1.207,80	1.260,80	1.314,00	1.473,60	1.840,10
2	1.222,40	1.284,70	1.346,00	1.513,50	-
3	1.237,20	1.308,80	1.377,70	1.553,40	-
4	1.251,70	1.332,80	1.409,90	1.593,10	-
5	1.266,20	1.356,80	1.441,70	1.633,50	-
6	1.280,80	1.380,40	1.473,60	1.676,10	-
7	1.295,70	1.404,40	1.505,50	1.720,00	-
8	1.310,20	1.428,40	1.537,30	-	-
9	1.324,70	1.452,50	1.569,20	-	-
10	1.339,50	1.476,40	1.601,30	-	-
11	1.354,00	1.500,30	1.633,50	-	-
12	1.368,90	1.524,20	1.667,50	-	-
13	1.383,10	1.547,90	-	-	-
14	1.398,00	1.571,90	-	-	-
15	1.412,60	1.596,20	-	-	-
16	1.427,30	1.620,00	-	-	-
17	1.441,70	1.686,70	-	-	-
18	1.456,50	-	-	-	-

6. Die Tabelle in § 41 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe				
	P1	P2	P3	P4	P5
	Euro				
1	1.314,00	1.287,60	1.260,80	1.234,10	1.207,80
2	1.346,00	1.314,00	1.284,70	1.253,30	1.222,40
3	1.377,70	1.340,70	1.308,80	1.271,70	1.237,20
4	1.409,90	1.367,30	1.332,80	1.290,20	1.251,70
5	1.441,70	1.394,00	1.356,80	1.308,80	1.266,20
6	1.473,60	1.420,70	1.380,40	1.327,40	1.280,80
7	1.505,50	1.446,80	1.404,40	1.346,00	1.295,70
8	1.537,30	1.473,60	1.428,40	1.364,70	1.310,20
9	1.569,20	1.500,30	1.452,50	1.383,10	1.324,70
10	1.601,30	1.526,80	1.476,40	1.402,00	1.339,50
11	1.633,50	1.553,40	1.500,30	1.420,70	1.354,00
12	1.667,50	1.580,10	1.524,20	1.439,10	1.368,90
13	1.702,30	1.606,80	1.547,90	1.457,90	1.383,10
14	1.738,70	1.633,50	1.571,90	1.476,40	1.398,00
15	-	1.661,70	1.596,20	1.495,20	1.412,60
16	-	1.690,70	1.620,00	1.513,50	1.427,30
17	-	1.747,90	1.686,70	1.532,20	1.441,70
18	-	-	-	1.551,00	1.456,50

7. Die Tabelle in § 41 Abs. 6 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Dienstklasse					
	IV	V	VI	VII	VIII	IX
	Euro					
1	-	-	2.609,90	3.168,20	4.259,20	6.046,10
2	-	2.222,50	2.687,10	3.269,70	4.481,90	6.381,70
3	1.758,80	2.300,30	2.764,40	3.370,70	4.704,00	6.717,10
4	1.835,10	2.377,10	2.865,70	3.592,90	5.039,50	7.053,30
5	1.912,70	2.454,80	2.966,90	3.815,00	5.374,80	7.388,70
6	1.990,00	2.532,30	3.067,50	4.037,40	5.710,40	7.724,10
7	2.067,50	2.609,90	3.168,20	4.259,20	6.046,10	-
8	2.145,20	2.687,10	3.269,70	4.481,90	6.381,70	-
9	2.222,50	2.764,40	3.370,70	4.704,00	-	-

8. In § 43 werden der Betrag „143,90“ durch den Betrag „149,00“ und der Betrag „182,80“ durch den Betrag „189,30“ ersetzt.

9. In § 46 Abs. 2 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „49,60 Euro“ durch den Betrag „51,40 Euro“,
- b) in Z 2 der Betrag „130,20 Euro“ durch den Betrag „134,80 Euro“,
- c) in Z 3 lit. a der Betrag „130,20 Euro“ durch den Betrag „134,80 Euro“,
- d) in Z 3 lit. b der Betrag „156,20 Euro“ durch den Betrag „161,70 Euro“.

10. In § 47 Abs. 2 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „194,10 Euro“ durch den Betrag „201,00 Euro“,
- b) in Z 2 der Betrag „249,80 Euro“ durch den Betrag „258,70 Euro“,
- c) in Z 3 der Betrag „305,10 Euro“ durch den Betrag „315,90 Euro“.

11. Die Tabelle in § 52a erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe				
	L 3	L 2b 1	L 2a 1	L 2a 2	L 1
	Euro				
1	1.433,80	1.582,60	1.719,10	1.838,40	-
2	1.456,40	1.610,40	1.771,00	1.894,20	2.058,60
3	1.478,50	1.638,20	1.822,40	1.950,30	2.130,40
4	1.501,30	1.666,80	1.875,20	2.006,00	2.201,60
5	1.523,60	1.697,20	1.927,00	2.061,80	2.305,10
6	1.559,20	1.778,60	2.032,60	2.174,10	2.478,70
7	1.613,70	1.861,70	2.141,70	2.310,40	2.653,00
8	1.670,70	1.946,50	2.250,60	2.446,60	2.826,90
9	1.731,60	2.031,20	2.376,40	2.604,40	3.000,60
10	1.795,30	2.115,20	2.502,20	2.761,80	3.174,20
11	1.860,10	2.199,60	2.628,30	2.919,40	3.348,20
12	1.925,20	2.316,50	2.753,80	3.077,20	3.522,00
13	1.989,90	2.432,70	2.880,50	3.234,60	3.696,00
14	2.054,90	2.549,40	3.006,00	3.392,40	3.870,00
15	2.145,20	2.665,80	3.131,90	3.549,90	4.043,90
16	2.235,30	2.769,50	3.242,50	3.690,20	4.217,80
17	2.325,50	2.877,30	3.358,60	3.836,50	4.392,40
18	-	-	-	-	4.633,80

12. § 52b lautet:

**„§ 52b**

**Dienstzulagen**

Abweichend von § 57 Abs. 2 lit. b, c und d des Gehaltsgesetzes 1956 beträgt die Dienstzulage

1. für Leiterinnen und Leiter der Verwendungsgruppe L 1

in der Dienstzu- lagengruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehalts- stufe 14
	2 bis 9	10 bis 13	
	Euro		
I	722,10	772,00	819,60
II	650,00	695,40	737,50
III	577,50	618,00	655,60
IV	505,00	540,40	574,20
V	433,40	462,90	491,60

2. für Leiterinnen und Leiter der Verwendungsgruppe L 2a 2

in der Dienstzu- lagengruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehalts- stufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
	Euro		
I	529,70	566,10	601,00
II	493,40	527,80	560,00
III	406,00	434,80	460,90
IV	361,50	386,90	411,20
V	243,30	259,60	275,40
VI	202,60	216,40	229,70

3. für Leiterinnen und Leiter der Verwendungsgruppen L 2a 1 und L 2b 1

in der Dienstzu- lagengruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehalts- stufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
	Euro		
I	256,90	280,60	302,40
II	216,70	235,30	251,20
III	180,90	195,60	208,80
IV	150,90	164,00	173,90
V	108,70	117,30	125,10

13. In § 52c wird der Betrag „77,70 Euro“ durch den Betrag „80,50 Euro“ ersetzt.

14. In § 62 Abs. 3 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „0,119 Euro“ durch den Betrag „0,14 Euro“,
- b) in Z 2 der Betrag „0,201 Euro“ durch den Betrag „0,24 Euro“,
- c) in Z 3 der Betrag „0,369 Euro“ durch den Betrag „0,413 Euro“.

15. In § 62 Abs. 4 wird der Betrag „0,045 Euro“ durch den Betrag „0,05 Euro“ ersetzt.

16. § 72 Abs. 1 lautet:

„(1) Bei Dienstverrichtungen im Dienstort gebührt der Beamtin oder dem Beamten nach Maßgabe der Bestimmungen des 2. Unterabschnitts der Ersatz der Kosten für die notwendige Benützung eines Massenbeförderungsmittels oder das Kilometergeld sowie der Ersatz der Kosten der Beförderung des erforderlichen Dienstgepäcks.“



*17. § 122 Abs. 4 lautet:*

„(4) Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung anzuwenden:

1. Allgemeines Hochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 177/1966, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 48/1997,
2. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 33/2009,
3. Arbeitsmarktförderungsgesetz, BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 12/2009,
4. Ärztegesetz 1998, BGBl. I Nr. 169, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 57/2008,
5. Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 - BDG 1979, BGBl. Nr. 333, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
6. Betriebspensionengesetz, BGBl. Nr. 282/1990, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 22/2009,
7. Bezügebegrenzungsgesetz (BezBegrBVG), BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 119/2001,
8. Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, BGBl. Nr. 244/1965, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
9. Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 27/2009,
10. Entwicklungshelfergesetz, BGBl. Nr. 574/1983, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 61/1997,
11. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 33/2009,
12. Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 74/2004,
13. Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
14. Gesundheits- und Krankenpflegegesetz - GuKG, BGBl. I Nr. 108/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 101/2008,
15. Hebammengesetz, BGBl. Nr. 310/1994, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 102/2008,
16. Heeresversorgungsgesetz, BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 129/2008,
17. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 302/1984, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
18. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 296/1985, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
19. MTD-Gesetz, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 101/2008,
20. MTF-SHD-G, BGBl. Nr. 102/1961, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 57/2008,
21. Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
22. Universitäts-Studiengesetz (UniStG), BGBl. I Nr. 48/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 2/2008,
23. Unterrichtspraktikumsgesetz, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 71/2007,
24. Vertragsbedienstetengesetz 1948 (VBG), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
25. Volksgruppengesetz, BGBl. Nr. 396/1976, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 2/2008,
26. Wehrgesetz 2001, BGBl. I Nr. 146, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 17/2008,
27. Zivildienstgesetz 1986, BGBl. Nr. 679, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 5/2009.“

*18. Dem § 124 wird folgender Abs. 11 angefügt:*

„(11)

1. In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 77/2009 treten in Kraft:

- a) § 41 Abs. 4 bis 6, §§ 43, 46 Abs. 2, § 47 Abs. 2, §§ 52a, 52b, 52c und 72 Abs. 1 mit 1. Jänner 2009,
- b) § 14 Abs. 2, § 30 Abs. 5 und § 122 Abs. 4 mit 1. Jänner 2010; gleichzeitig tritt § 33 Abs. 3 außer Kraft.

2. § 35a Abs. 1 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 77/2009 tritt mit 1. Jänner 2006 in Kraft. Bis zum Ablauf des 30. Juni 2009 können Pensionszusagen auch auf Grund des § 35a Abs. 1 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 22/2003 erteilt werden.
3. § 62 Abs. 3 und 4 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 77/2009 tritt mit 1. Juli 2008 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft. Mit 1. Jänner 2010 tritt § 62 Abs. 3 und 4 in der bis zum Ablauf des 30. Juni 2008 geltenden Fassung wieder in Kraft.“

Der Präsident des Landtages:  
Prior

Der Landeshauptmann:  
Nießl

## **78. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird**

Der Landtag hat beschlossen:

Das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002, LGBl. Nr. 103, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 86/2008, wird wie folgt geändert:

### *1. Im Inhaltsverzeichnis*

*a) werden nach der den § 48a betreffenden Zeile folgende Zeilen eingefügt:*

„§ 48b Einmalzahlung für das Jahr 2008

§ 48c Energiekostenzuschuss für die Kalendermonate Oktober 2008 bis April 2009“

*b) lautet die den § 107b betreffende Zeile:*

„§ 107b (aufgehoben)“

### *2. Nach § 7 Abs. 1 Z 1 werden folgende Z 1a und 1b eingefügt:*

„1a. Für jeden nach dem 31. Dezember 2002 liegenden Kalendermonat der angerechneten Ruhegenussvordienstzeiten gemäß § 60 Abs. 2 Z 1, 3 und 12, für den ein Überweisungsbetrag gemäß § 308 ASVG geleistet wurde (Beitragsmonat), ist die Bemessungsgrundlage für den Beitrag in der Pensionsversicherung (Beitragsgrundlage) nach §§ 44 bis 47 ASVG zu ermitteln. Kann für ein Kalenderjahr nur die Summe der Beitragsgrundlagen und die Summe der Beitragsmonate festgestellt werden, ist Beitragsgrundlage jedes Beitragsmonats dieses Kalenderjahres die durchschnittliche Beitragsgrundlage der Beitragsmonate dieses Kalenderjahres. Ausgenommen sind Beitragsmonate gemäß § 238 Abs. 3 Z 2 zweiter Halbsatz, wenn dies für die Beamtin oder den Beamten günstiger ist, Z 3 und 5 ASVG sowie Zeiten einer Freistellung gegen Entfall des Arbeitsentgelts gemäß §§ 14a oder 14b des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes - AVRAG. Z 1 letzter Satz ist anzuwenden.

1b. Für jeden nach dem 31. Dezember 2002 liegenden Kalendermonat der gemäß § 60 Abs. 2 Z 1 angerechneten Ruhegenussvordienstzeit, der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zu einer inländischen Gebietskörperschaft zurückgelegt worden ist, ausgenommen Zeiten einer Dienstfreistellung auf Grund einer Familienhospizkarenz nach einer dem § 96a LBDG 1997 vergleichbaren gesetzlichen Bestimmung, und für den ein Überweisungsbetrag gemäß § 311 Abs. 2 ASVG geleistet wurde (Beitragsmonat), ist die Bemessungsgrundlage für den Pensionsbeitrag (Beitragsgrundlage) nach den für das frühere Dienstverhältnis geltenden besoldungsrechtlichen Bestimmungen zu ermitteln. Bei dieser Ermittlung haben die gemäß § 79 für die Bemessung der Nebengebührentzulage zum Ruhegenuss heranzuziehenden anspruchsbegründenden Nebengebühren außer Betracht zu bleiben. Z 1 letzter Satz und Z 1a zweiter Satz sind anzuwenden.“

### *3. Dem § 17 wird folgender Abs. 5 angefügt:*

„(5) Die Landesregierung hat jedes Jahr für das folgende Kalenderjahr, erstmals für das Kalenderjahr 2009, unter Bedachtnahme auf § 5 Abs. 2 und § 108 Abs. 9 ASVG eine Geringfügigkeitsgrenze (Abs. 4 Z 1) zu ermitteln und kundzumachen.“

*4. In § 32 Abs. 7 wird das Zitat „§ 227 Abs. 5 und 6 ASVG“ durch das Zitat „§ 227a Abs. 5 und 6 ASVG“ ersetzt.*

5. § 41 Abs. 1 lautet:

„(1) Geldleistungen sind der anspruchsberechtigten Person, ihrer gesetzlichen Vertreterin oder ihrem gesetzlichen Vertreter oder der von der anspruchsberechtigten Person dafür mit einer Vorsorgevollmacht nach § 284f ABGB bevollmächtigten Person nach den für den Zahlungsverkehr des Landes geltenden Vorschriften im Inland zuzustellen. Sie können auf Verlangen der anspruchsberechtigten Person, ihrer gesetzlichen Vertreterin oder ihres gesetzlichen Vertreters oder der von der anspruchsberechtigten Person dafür mit einer Vorsorgevollmacht nach § 284f ABGB bevollmächtigten Person auch auf ein Girokonto bei einem Kreditinstitut in einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) überwiesen werden.“

6. In § 45 Abs. 2 wird die Wortfolge „nach diesem Gesetz“ durch die Wortfolge „aus dem Landesdienstverhältnis“ ersetzt.

7. Nach § 47 Abs. 4 werden folgende Abs. 4a und 4b eingefügt:

„(4a) Die in Abs. 2 angeführten wiederkehrenden Leistungen sind

1. mit 1. November 2008 anzupassen, wenn sie bis einschließlich November 2008 angefallen sind, und
2. mit 1. Dezember 2008 anzupassen, wenn sie im Dezember 2008 angefallen sind.

Im Falle des Todes einer Beamtin oder eines Beamten im Dienststand in den Monaten Oktober oder November 2008 ist für die Ermittlung des Ausmaßes des Witwen-, Witwer- oder Waisenversorgungsgenusses (§ 17 Abs. 1 und § 25 Abs. 1) nicht der fiktive Ruhegenuss sondern der Versorgungsgenuss anzupassen.

(4b) Die Anpassung nach Abs. 4a ist so vorzunehmen, dass wiederkehrende Leistungen

1. bis 2 412 Euro mit dem Faktor 1,034 zu vervielfachen sind und
2. über 2 412 Euro um 82,01 Euro zu erhöhen sind.“

8. Dem § 47 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Die Anpassung wiederkehrender Leistungen ist auch auf Personen anzuwenden, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der jeweiligen Änderung Anspruch auf monatlich wiederkehrende Geldleistungen nach diesem Gesetz hatten.“

9. Nach § 48a werden folgende §§ 48b und 48c eingefügt:

**„§ 48b**

**Einmalzahlung für das Jahr 2008**

(1) Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in einem EU-Mitgliedstaat, in Norwegen, Island, Liechtenstein oder in der Schweiz, die im Oktober 2008 Anspruch auf eine oder mehrere monatlich wiederkehrende Geldleistungen nach diesem Gesetz haben, gebührt für das Jahr 2008 eine Einmalzahlung. Beträgt die Summe der für Oktober 2008 gebührenden monatlich wiederkehrenden Geldleistungen nach diesem Gesetz (Gesamtpensionseinkommen)

1. bis zu 747 Euro, so beträgt die Einmalzahlung 20 % des Gesamtpensionseinkommens,
2. mehr als 747 Euro bis 1 000 Euro oder hat die Person Anspruch auf Ergänzungszulage, so beträgt die Einmalzahlung 150 Euro,
3. mehr als 1 000 Euro bis 2 000 Euro, so entspricht die Einmalzahlung einem Betrag, der zwischen den genannten Werten von 150 Euro auf 50 Euro linear absinkt,
4. mehr als 2 000 Euro, so beträgt die Einmalzahlung 50 Euro.

(2) Die Einmalzahlung ist zusammen mit der höchsten monatlich wiederkehrenden Geldleistung am 1. November 2008 auszusahlen. § 48a Abs. 2 ist anzuwenden.

**§ 48c**

**Energiekostenzuschuss für die  
Kalendermonate Oktober 2008 bis April 2009**

(1) Personen, die im November 2008 Anspruch auf eine Ergänzungszulage nach § 33 haben, gebührt zum Ruhe- oder Versorgungsgenuss ein Zuschuss zu den Energiekosten für die Monate Oktober 2008 bis April 2009 in der Höhe von 30 Euro monatlich. Der gesamte Zuschuss ist am 1. November 2008 auszusahlen. Haben Bezieherinnen oder Bezieher einer Witwen- oder Witwerversorgungsleistung und einer Waisenversorgungsleistung Anspruch auf Ergänzungszulage und leben sie im gemeinsamen Haushalt, so gebührt der Zuschuss nur zur Witwen- oder Witwerversorgungsleistung.

(2) Fällt der Ruhe- oder Versorgungsgenuss mit Ergänzungszulage zwischen 1. Dezember 2008 und 1. April 2009 an, so gebührt der Zuschuss zu den Energiekosten in der in Abs. 1 angeführten monatlichen Höhe vom Anfallsmonat bis April 2009. Der gesamte Zuschuss ist zugleich mit der erstmaligen Ruhe- oder Versorgungsgenussleistung oder dem erstmaligen Ergänzungszulagenbezug auszuzahlen.

(3) Vom Zuschuss ist kein Beitrag nach § 15 zu entrichten.“

10. In § 70 Abs. 1 erhält die Z 9 die Ziffernbezeichnung „10.“; nach Z 8 wird folgende neue Z 9 eingefügt:  
„9. Personalzulagen nach § 33 LBBG 2001,“

11. Dem § 102 wird folgender Abs. 11 angefügt:

„(11) Die Zeit eines Sabbaticals nach § 96b LBDG 1997 ist bei der Anwendung der Abs. 5 bis 7 wie die Zeit einer Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit nach den §§ 61 oder 62 LBDG 1997 zu behandeln.“

12. § 107b entfällt.

13. § 114 Abs. 3 lautet:

„(3) Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung anzuwenden:

1. Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB), JGS Nr. 946/1811, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 100/2008,
2. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 33/2009,
3. Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 12/2009,
4. Arbeitsmarktförderungsgesetz, BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 12/2009,
5. Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG), BGBl. Nr. 459/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 104/2007,
6. Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 33/2009,
7. Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (BDG 1979), BGBl. Nr. 333, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
8. Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 130/2008,
9. Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 2/2008,
10. Bundesbahn-Pensionsgesetz, BGBl. I Nr. 86/2001, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 15/2009,
11. Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 142/2004,
12. Bundesforste-Dienstordnung 1986, BGBl. Nr. 298, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 176/2004,
13. Bundesforstegesetz 1996, BGBl. Nr. 793, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2004,
14. Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
15. Auslandseinsatzgesetz 2001, BGBl. I Nr. 55, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 18/2008,
16. Überbrückungshilfengesetz, BGBl. Nr. 174/1963, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 142/2004,
17. Bezügebegrenzungsgesetz (BezBegrBVG), BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch das Bundesverfassungsgesetz BGBl. I Nr. 119/2001,
18. Ehegesetz, dRGBl. I S 807/1938, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 92/2006,
19. Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 27/2009,
20. Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 33/2009,
21. Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 14/2009,
22. Heeresgebührengesetz 2001, BGBl. I Nr. 31, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 17/2008,

23. Heeresversorgungsgesetz, BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 129/2008,
24. Kinderbetreuungsgeldgesetz, BGBl. I Nr. 103/2001, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 24/2009,
25. Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 129/2008,
26. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 302/1984, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
27. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 296/1985, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
28. Mutterschutzgesetz 1979 (MSchG), BGBl. Nr. 221, in der für die Landesbeamtinnen jeweils geltenden Fassung,
29. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 129/2008,
30. Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
31. Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 40/2009,
32. Studienförderungsgesetz 1992, BGBl. Nr. 305, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 134/2008,
33. Väter-Karenzgesetz (VKG), BGBl. Nr. 651/1989, in der für die Landesbeamten jeweils geltenden Fassung,
34. Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 4/2008,
35. Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VVG), BGBl. Nr. 53/1991, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 3/2008,
36. Wehrgesetz 2001, BGBl. I Nr. 146, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 17/2008,
37. Zivildienstgesetz 1986, BGBl. Nr. 679, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 5/2009.“

14. § 117 Abs. 3 Z 7 lautet:

„7. § 7 Abs. 1 und § 97 Abs. 4a mit 1. Jänner 2021.“

15. Dem § 117 wird folgender Abs. 9 angefügt:

„(9) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 78/2009 treten in Kraft:

1. § 47 Abs. 4a und 4b, §§ 48b, 48c und die §§ 48b und 48c betreffenden Zeilen des Inhaltsverzeichnisses mit 1. November 2008,
2. § 17 Abs. 5, § 32 Abs. 7, § 41 Abs. 1, § 45 Abs. 2, § 102 Abs. 11 und die § 107b betreffende Zeile des Inhaltsverzeichnisses mit 1. Jänner 2009,
3. § 7 Abs. 1 Z 1a und 1b, § 70 Abs. 1 Z 9 und 10 und § 114 Abs. 3 mit 1. Jänner 2010.“

Der Präsident des Landtages:  
Prior

Der Landeshauptmann:  
Nießl

## **79. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (11. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997)**

Der Landtag hat beschlossen:

Das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 - LBDG 1997, LGBl. Nr. 17/1998, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 84/2008, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 4 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Das Ernennungserfordernis gemäß Abs. 1 Z 1 lit. b erfüllen auch

1. langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige im Sinne der Richtlinie 2003/109/EG (§ 197b Abs. 2) und
2. Familienangehörige im Sinne des Art. 24 der Richtlinie 2004/38/EG (§ 197b Abs. 2).“

2. In § 5 Abs. 1 wird nach der Wortfolge „wie inländischen Staatsangehörigen,“ die Wortfolge „sowie für die in § 4 Abs. 1a angeführten Personen“ eingefügt.

3. In § 58 Abs. 1 wird das Zitat „§ 16 Abs. 5 der Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl. Nr. 133,“ durch das Zitat „§ 68 Abs. 4 LBBG 2001“ ersetzt.

4. In § 81 Abs. 3 wird nach dem Zitat „§ 96a“ die Wortfolge „oder nach § 96b“ eingefügt.

5. § 82 Abs. 3 entfällt.

6. Dem § 87 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Die Abs. 1 und 2 gelten auch für die notwendige Pflege einer oder eines Angehörigen gemäß § 96 Abs. 1 Z 1 und Abs. 4 während des Erholungsurlaubs mit der Maßgabe, dass die in Abs. 2 geregelte Nachweiserbringung im Hinblick auf den Pflegebedarf der oder des Angehörigen zu erfolgen hat.“

7. § 93 Abs. 2 Z 2 lautet:

„2. wenn der Karenzurlaub

a) zur Ausbildung der Beamtin oder des Beamten für ihre oder seine dienstliche Verwendung gewährt worden ist: höchstens drei Jahre;

b) zur

aa) Begründung eines Dienstverhältnisses gemäß den §§ 3 oder 4 des Entwicklungshelfergesetzes oder

bb) Teilnahme an Partnerschaftsprojekten im Rahmen von Außenhilfsprogrammen der Europäischen Union (insbesondere so genannten Twinning-Projekten) oder

cc) Begründung eines Dienstverhältnisses zu einer anderen inländischen Gebietskörperschaft, zu einem inländischen Gemeindeverband oder zu einer vergleichbaren Einrichtung eines Staates, der oder dessen Rechtsnachfolger nunmehr Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Europäischen Union ist,

gewährt worden ist: insgesamt höchstens fünf Jahre;

c) zur Begründung eines Dienstverhältnisses zu einer Einrichtung der Europäischen Union oder zu einer sonstigen zwischenstaatlichen Einrichtung, der Österreich angehört, gewährt worden ist: höchstens zehn Jahre.“

8. Dem § 96 wird folgender Abs. 9 angefügt:

„(9) Die Dauer einer Urlaubsunterbrechung gemäß § 87 Abs. 5 ist auf das nach den Abs. 3 und 4 jeweils in Betracht kommende Ausmaß anzurechnen.“

9. § 112 Abs. 1 lautet:

„(1) Das Maß für die Höhe der Strafe ist die Schwere der Dienstpflichtverletzung. Dabei ist darauf Rücksicht zu nehmen, inwieweit die beabsichtigte Strafe erforderlich ist, um die Beamtin oder den Beamten von der Begehung weiterer Dienstpflichtverletzungen abzuhalten oder der Begehung von Dienstpflichtverletzungen durch andere Beamtinnen oder Beamte entgegenzuwirken. Die nach dem Strafgesetzbuch für die Strafbemessung maßgebenden Gründe sind dem Sinne nach zu berücksichtigen; weiters ist auf die persönlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Beamtin oder des Beamten Bedacht zu nehmen.“

10. In § 114 lauten die Überschrift und Abs. 1:

#### **„Zusammentreffen von strafbaren Handlungen mit Dienstpflichtverletzungen**

(1) Wurde die Beamtin oder der Beamte wegen einer gerichtlich oder verwaltungsbehördlich strafbaren Handlung rechtskräftig verurteilt und erschöpft sich die Dienstpflichtverletzung in der Verwirklichung des strafbaren Tatbestands, ist von der disziplinarischen Verfolgung der Beamtin oder des Beamten abzusehen. Erschöpft sich die Dienstpflichtverletzung nicht in der Verwirklichung des strafbaren Tatbestands (disziplinarer Überhang), ist nach § 112 vorzugehen.“

11. § 114 Abs. 3 entfällt.

12. § 116 Abs. 1 lautet:

„(1) Die Disziplinarkommission ist beim Amt der Landesregierung einzurichten und besteht aus einer oder einem rechtskundigen Vorsitzenden, zwei rechtskundigen Stellvertreterinnen oder Stellvertretern der

oder des Vorsitzenden und weiteren Mitgliedern. Die oder der Vorsitzende und ihre oder seine Stellvertreterinnen oder Stellvertreter müssen Richterinnen oder Richter des Aktiv- oder Ruhestands sein. Die weiteren Mitglieder sind aus dem Kreis der Landesbeamtinnen und Landesbeamten zu bestellen. Die oder der Vorsitzende, ihre oder seine Stellvertreterinnen oder Stellvertreter und die Hälfte der weiteren Mitglieder der Disziplinarkommission sind von der Landesregierung auf die Dauer von fünf Jahren zu bestellen. Für die Bestellung der oder des Vorsitzenden und ihrer oder seiner Stellvertreterinnen oder Stellvertreter kommt der Präsidentin oder dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Wien ein Vorschlagsrecht zu. Schlägt die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts Wien innerhalb eines Monats nach Aufforderung durch die Landesregierung keine oder zu wenige Richterinnen oder Richter vor oder stimmen die vorgeschlagenen Richterinnen oder Richter innerhalb dieser Frist ihrer Bestellung nicht zu, sind die oder der Vorsitzende und ihre oder seine Stellvertreterinnen oder Stellvertreter aus dem Kreis der Landesbeamtinnen und Landesbeamten zu bestellen. Die zweite Hälfte der weiteren Mitglieder ist vom Landespersonalausschuss zu bestellen. Bestellt der Landespersonalausschuss innerhalb eines Monats nach Aufforderung durch die Landesregierung keine oder zu wenige Mitglieder für die Disziplinarkommission, so hat die Landesregierung die erforderlichen Mitglieder selbst zu bestellen.“

13. § 118 Abs. 1 lautet:

„(1) Wird eine Beamtin oder ein Beamter zum Mitglied der Disziplinarkommission oder der Disziplinaroberkommission bestellt, muss sie oder er dem Dienststand angehören. Gegen sie oder ihn darf kein Disziplinarverfahren anhängig sein.“

14. In § 118 Abs. 2 wird die Wortfolge „Ein Beamter“ durch die Wortfolge „Eine Beamtin oder ein Beamter“ ersetzt.

15. In § 118 Abs. 4 wird nach dem Wort „sowie“ die Wortfolge „- bei Beamtinnen oder Beamten -“ eingefügt.

16. Nach § 118 wird folgender § 118a eingefügt:

#### **„§ 118a**

##### **Vergütung für richterliche Mitglieder der Disziplinarkommission**

(1) Die richterlichen Mitglieder der Disziplinarkommission haben nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Anspruch auf Reisegebühren und auf eine Vergütung.

(2) Die Reisegebühren bestehen aus der besonderen Entschädigung für die Benützung eines eigenen Kraftfahrzeuges für die Fahrt vom Wohnort zum Sitzungs- oder Verhandlungsort und zurück sowie aus der Reisezulage. Die Höhe der Reisegebühren richtet sich nach den für Landesbeamtinnen und Landesbeamte jeweils geltenden Bestimmungen.

(3) Den richterlichen Mitgliedern der Disziplinarkommission gebührt für den mit der Teilnahme an Sitzungen und Verhandlungen sowie mit der Vor- und Nachbereitung der Akten des Disziplinarverfahrens verbundenen Zeit- und Arbeitsaufwand eine Vergütung in der Höhe von 46 Euro für jede angegangene Stunde der Sitzung oder Verhandlung.

(4) Die in Abs. 3 angeführte Vergütung ändert sich in dem Ausmaß, in dem sich das Gehalt einer Landesbeamtin oder eines Landesbeamten des Dienststands der Gehaltsstufe 2, Dienstklasse V, ändert, erstmals mit 1. Jänner 2011.“

17. Nach § 119 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Im Verfahren vor der Disziplinarkommission kann die oder der Vorsitzende die Beratung und Beschlussfassung über Anträge nach § 128 Abs. 4, über Kosten nach § 133, über die Einleitung eines Disziplinarverfahrens nach § 139 und über Ratengesuche nach § 144 Abs. 2 durch Einholung der Zustimmung der anderen Senatsmitglieder im Umlaufweg ersetzen. Für Entscheidungen im Umlaufweg ist Stimmeneinhelligkeit sowie das Vorliegen eines begründeten Beschlussantrags der oder des Vorsitzenden erforderlich. Die Zustimmung ist schriftlich zu erteilen.“

18. In § 120 Abs. 1 wird die Wortfolge „ein rechtskundiger Disziplinaranwalt und dessen Stellvertreter“ durch die Wortfolge „eine rechtskundige Disziplinaranwältin oder ein rechtskundiger Disziplinaranwalt sowie deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter aus dem Kreis der Beamtinnen und Beamten“ ersetzt.

19. Nach § 194b wird folgender § 194c eingefügt:

**„§ 194c**

**Übergangsbestimmung zur Novelle LGBI. Nr. 79/2009**

Auf Beamtinnen und Beamte, die vor dem 1. Jänner 2010 ein staatsgültiges Zeugnis über mindestens ein Fach gemäß Anlage 1 Z 2.3. in der bis zum 31. Dezember 2009 gültigen Fassung erworben haben, ist Anlage 1 Z 2.3. in der bis zum 31. Dezember 2009 gültigen Fassung bis zum 31. Dezember 2013 weiterhin anzuwenden. Die mit der Beamten-Aufstiegsprüfung gemäß Anlage 1 Z 2.3. in der bis zum 31. Dezember 2009 gültigen Fassung verbundenen Rechte bleiben unberührt.“

20. § 197 Abs. 3 lautet:

„(3) Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung anzuwenden:

1. Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991, BGBl. Nr. 683, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2005,
2. Ärztegesetz 1998, BGBl. I Nr. 169, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 57/2008,
3. Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 - BDG 1979, BGBl. Nr. 333, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
4. Behinderteneinstellungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 67/2008,
5. Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 142/1969, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 82/2008,
6. Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 2/2008,
7. Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, BGBl. Nr. 244/1965, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
8. Überbrückungshilfengesetz, BGBl. Nr. 174/1963, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 142/2004,
9. Bundesgesetz über die Regelung des medizinisch-technischen Fachdienstes und der Sanitätshilfsdienste (MTF-SHD-G), BGBl. Nr. 102/1961, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 57/2008,
10. Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften, BGBl. Nr. 140/1978, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 48/1997,
11. Dienstrechtsverfahrensgesetz 1984 - DVG, BGBl. Nr. 29, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 165/2005,
12. Entwicklungshelfergesetz, BGBl. Nr. 574/1983, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 61/1997,
13. Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge, BGBl. Nr. 340/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 2/2008,
14. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 33/2009,
15. Gebührenanspruchsgesetz 1975, BGBl. Nr. 136, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 30/2009,
16. Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
17. Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 194, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 68/2008,
18. Heeresversorgungsgesetz, BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 129/2008,
19. Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 129/2008,
20. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 302/1984, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
21. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 296/1985, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
22. Bundesgesetz über die gehobenen medizinisch-technischen Dienste (MTD-Gesetz), BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 101/2008,
23. Meldegesetz, BGBl. Nr. 9/1992, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 45/2006,
24. Mietrechtsgesetz, BGBl. Nr. 520/1981, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 30/2009,
25. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 129/2008,



26. Pensionsgesetz, BGBl. Nr. 340/1965, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
27. Reisegebührevorschrift 1955, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008,
28. Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 113/2006,
29. Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 40/2009,
30. Strafprozessordnung 1975 (StPO), BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 109/2007,
31. Studienberechtigungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1985, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 136/2001,
32. Universitätsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 120, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 134/2008,
33. Universitäts-Studiengesetz (UniStG), BGBl. I Nr. 48/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 2/2008,
34. Unvereinbarkeitsgesetz 1983, BGBl. Nr. 330, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 2/2008,
35. Zustellgesetz, BGBl. Nr. 200/1982, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 5/2008.“

21. In § 197b Abs. 2 wird das Zitat „§ 4 Abs. 1“ durch das Zitat „§ 4 Abs. 1a“ ersetzt.

22. In § 199 Abs. 2 werden der Satzpunkt am Ende der Z 10 durch einen Beistrich ersetzt und folgende Z 11 angefügt:

„11. in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 79/2009

a) § 4 Abs. 1a mit 1. Jänner 2008,

b) § 58 Abs. 1 und § 81 Abs. 3 mit 1. Jänner 2009,

c) § 5 Abs. 1, § 87 Abs. 5, § 93 Abs. 2 Z 2, § 96 Abs. 9, § 112 Abs. 1, die Überschrift zu § 114, § 114 Abs. 1, § 116 Abs. 1, § 118 Abs. 1, 2 und 4, § 118a, § 119 Abs. 1a, § 120 Abs. 1, § 197 Abs. 3, § 197b Abs. 2 und die Anlage 1 Z 1.1. lit. b, Z 1.2. und Z 2.5. lit. b mit 1. Jänner 2010; gleichzeitig treten § 82 Abs. 3, § 114 Abs. 3 und die Anlage 1 Z 2.3. außer Kraft. Die Bestelldauer der oder des gemäß § 116 Abs. 1 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 79/2009 zu bestellenden Vorsitzenden und ihrer oder seiner Stellvertreterinnen oder Stellvertreter beginnt erst mit Ablauf der Bestelldauer der oder des im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestimmung bestellten Vorsitzenden bzw. Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.“

23. In der Anlage 1 Z 1.1. lit. b entfällt die Wortfolge „ , soweit dieser nicht Ernennungserfordernis einer anderen Besoldungs- oder Verwendungsgruppe ist“.

24. In der Anlage 1 Z 1.2. wird die Wortfolge „für den betreffenden Bereich von der Verwaltungsakademie des Bundes oder vom Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport“ durch die Wortfolge „vom Bundeskanzleramt“ ersetzt.

25. Anlage 1 Z 2.3. entfällt.

26. In der Anlage 1 Z 2.5. lit. b entfallen der Strichpunkt und der zweite Halbsatz.

Der Präsident des Landtages:  
Prior

Der Landeshauptmann:  
Nießl

## 80. Gesetz vom 1. Oktober 2009, mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985 geändert wird (21. Novelle zum Landesvertragsbedienstetengesetz 1985)

Der Landtag hat beschlossen:

Das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985, LGBl. Nr. 49, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 87/2008, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 2 Abs. 1 Z 1 wird folgende lit. zz angefügt:

„zz) Artikel 3 Z 1d, 2, 5a, 6, 8 und 12 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 147/2008; dieses Bundesgesetz gilt mit der Maßgabe, dass

1. abweichend von § 46a Abs. 1 Z 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 Vertragslehrerinnen und Vertragslehrer am Joseph Haydn-Konservatorium - unabhängig von ihrer Einstufung - die Verwendungsbezeichnung ‚Professorin oder Professor‘ führen,
2. in § 46a Abs. 1 Z 2 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 die Aufzählung der Verwendungsbezeichnungen um die Verwendungsbezeichnung ‚Kindergarteninspektorin oder Kindergarteninspektor‘ erweitert wird,
3. in § 46a Abs. 2 Z 4 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 das Wort ‚Bundes‘ durch das Wort ‚Landes‘ ersetzt wird,
4. in § 67a Abs. 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 die Zitierung ‚§ 140 Abs. 3 BDG 1979‘ durch die Zitierung ‚§ 78 LBDG 1997‘ ersetzt wird und
5. § 67a Abs. 2 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 nicht anzuwenden ist.“

2. Die Tabelle in § 2 Abs. 1b erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungs- stufe	in der Entlohnungsgruppe				
	a	b	c	d	e
	Euro				
1	1.922,00	1.520,10	1.348,10	1.292,80	1.237,80
2	1.969,30	1.556,70	1.379,80	1.317,40	1.251,70
3	2.016,80	1.593,40	1.411,40	1.342,00	1.265,60
4	2.064,70	1.630,40	1.442,60	1.366,70	1.279,30
5	2.112,40	1.669,40	1.474,20	1.391,00	1.292,80
6	2.160,10	1.709,40	1.505,70	1.415,50	1.307,10
7	2.241,10	1.752,10	1.537,20	1.440,10	1.320,80
8	2.323,00	1.794,90	1.568,90	1.464,20	1.334,60
9	2.404,40	1.855,50	1.600,40	1.488,80	1.348,30
10	2.485,40	1.917,40	1.631,90	1.513,40	1.362,40
11	2.566,60	1.998,30	1.665,70	1.537,60	1.376,00
12	2.647,40	2.079,80	1.700,10	1.561,90	1.390,10
13	2.729,00	2.161,10	1.735,80	1.586,50	1.403,60
14	2.810,50	2.241,80	1.772,60	1.611,10	1.417,40
15	2.891,40	2.323,20	1.809,60	1.636,10	1.431,30
16	2.997,60	2.404,50	1.846,80	1.662,00	1.445,20
17	3.103,50	2.486,20	1.884,40	1.688,60	1.458,90
18	3.209,70	2.566,90	1.922,00	1.715,40	1.472,90
19	3.315,90	2.648,90	1.959,40	1.744,30	1.486,70
20	3.422,20	2.729,70	1.996,90	1.772,60	1.500,50
21	-	-	2.034,10	1.801,50	1.514,30

3. Die Tabelle in § 2 Abs. 1c erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungs- stufe	in der Entlohnungsgruppe				
	p1	p2	p3	p4	p5
	Euro				
1	1.355,20	1.327,40	1.299,60	1.271,80	1.243,80
2	1.386,80	1.354,60	1.324,10	1.291,20	1.257,90
3	1.418,60	1.382,10	1.348,60	1.310,30	1.271,90
4	1.450,40	1.409,10	1.373,50	1.329,50	1.286,20
5	1.482,30	1.436,40	1.398,10	1.348,60	1.299,80
6	1.513,90	1.463,80	1.422,80	1.367,80	1.313,70
7	1.546,10	1.491,00	1.447,00	1.387,30	1.327,70
8	1.577,80	1.517,90	1.471,70	1.406,60	1.341,80
9	1.609,50	1.545,30	1.496,30	1.425,70	1.355,50
10	1.641,80	1.572,80	1.520,90	1.445,20	1.369,60
11	1.675,90	1.600,00	1.545,70	1.464,50	1.383,40
12	1.710,40	1.627,30	1.570,30	1.483,70	1.397,80
13	1.747,40	1.656,00	1.594,70	1.502,80	1.411,50
14	1.784,90	1.685,90	1.619,40	1.522,20	1.425,40
15	1.822,00	1.715,40	1.644,70	1.541,70	1.439,80
16	1.860,00	1.747,20	1.670,90	1.560,90	1.453,10
17	1.897,60	1.779,50	1.697,80	1.580,20	1.467,30
18	1.935,30	1.811,00	1.725,50	1.599,50	1.481,20
19	1.973,20	1.843,40	1.754,40	1.618,90	1.495,30
20	2.010,90	1.875,70	1.783,10	1.638,50	1.509,10
21	2.048,70	1.908,20	1.812,10	1.659,20	1.523,30

4. In § 2 Abs. 1d werden der Betrag „143,90“ durch den Betrag „149,00“ und der Betrag „182,80“ durch den Betrag „189,30“ ersetzt.

5. Nach § 2 Abs. 2 wird folgender Abs. 2a eingefügt:

„(2a) Die Bestimmung des § 27a Abs. 3 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 147/2008, ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Zitierung ,§ 29j Abs. 2‘ durch die Zitierung ,§ 20a Abs. 1‘ ersetzt wird.“

6. Die Tabelle in § 2 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	1 1	1 2a 2	1 2a 1	1 2b 1	1 3
	Euro				
1	2.107,70	1.916,60	1.791,50	1.637,40	1.472,60
2	2.176,30	1.974,40	1.844,80	1.667,10	1.497,40
3	2.245,30	2.032,30	1.898,70	1.698,40	1.522,10
4	2.322,30	2.090,20	1.952,70	1.730,00	1.546,90
5	2.489,00	2.147,80	2.006,30	1.763,80	1.571,70
6	2.664,20	2.266,30	2.116,30	1.850,70	1.610,10
7	2.839,30	2.409,10	2.229,70	1.939,40	1.670,00
8	3.008,50	2.550,90	2.343,30	2.028,00	1.733,80
9	3.183,20	2.714,60	2.474,00	2.115,90	1.800,50
10	3.363,10	2.878,30	2.605,00	2.204,30	1.868,40
11	3.522,00	3.044,10	2.737,70	2.292,20	1.937,00
12	3.696,00	3.209,60	2.869,20	2.414,20	2.004,40
13	3.870,00	3.374,50	3.002,10	2.536,30	2.073,20
14	4.043,90	3.539,80	3.134,60	2.657,80	2.141,90
15	4.217,80	3.705,20	3.266,60	2.779,40	2.236,10
16	4.386,60	3.851,70	3.382,20	2.887,00	2.330,50
17	4.606,40	4.006,30	3.504,90	2.999,40	2.424,10
18	4.606,40	4.170,70	3.635,50	3.119,50	2.518,00
19	4.935,80	4.320,90	3.754,40	3.229,10	2.612,00

7. Die Tabelle in § 2 Abs. 8 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsgruppe	für Unterrichtsgegenstände der Lehrverpflichtungsgruppe	für jede Jahreswochenstunde Euro
1 1	I	1.626,00
	II	1.539,60
	III	1.462,80
	IV	1.272,00
	IV a	1.330,80
	IV b	1.360,80
	V	1.219,20
1 2a 2		1.074,00
1 2a 1		1.003,20
1 2b 1		882,00
1 3		805,20

## 8. Die Tabellen in § 3h Abs. 4 erhalten folgende Fassung:

## 1. Entlohnungsgruppe a

Stellenwert bis	Bewertungsgruppe	Euro
60	a/2	155,3
63	a/3	293,7
66	a/4	512,6
69	a/5	750,2
72	a/6	1.006,5
75	a/7	1.281,4
78	a/8	1.575,0
81	a/9	1.887,2
84	a/10	2.218,0
87	a/11	2.567,5
90	a/12	2.935,6

## 2. Entlohnungsgruppe b

Stellenwert bis	Bewertungsgruppe	Euro
57	b/1	265,6
60	b/2	466,0
63	b/3	685,0

## 9. § 3o lautet:

**„§ 3o****Aufnahme**

Die Aufnahmevoraussetzung gemäß § 3 Abs. 1 Z 1 lit. b VBG erfüllen auch

1. langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige im Sinne der Richtlinie 2003/109/EG (§ 9 Abs. 2) und
2. Familienangehörige im Sinne des Art. 24 der Richtlinie 2004/38/EG (§ 9 Abs. 2).“

## 10. Dem § 8 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 80/2009 treten in Kraft:

1. § 3o mit 1. Jänner 2008,
2. § 2 Abs. 1b, 1c, 1d, 7 und 8, § 3h Abs. 4 und § 9 Abs. 3 mit 1. Jänner 2009,
3. § 2 Abs. 1 Z 1 lit. zz, § 2 Abs. 2a und § 9 Abs. 3 mit 1. Jänner 2010.“

## 11. Dem § 9 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Durch § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes werden umgesetzt:

1. die Richtlinie 2003/88/EG über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung, ABl. Nr. L 299 vom 18.11.2003 S 9,
2. die Richtlinie 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, ABl. Nr. L 204 vom 26.07.2006 S 23,
3. die Richtlinie 89/391/EWG über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit, ABl. Nr. L 183 vom 29.06.1989 S 1, geändert durch ABl. Nr. L 284 vom 31.10.2003 S 1, und die Richtlinie 90/270/EWG über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten, ABl. Nr. L 156 vom 21.06.1990 S 14.“

Der Präsident des Landtages:  
Prior

Der Landeshauptmann:  
Nießl





---

Landesgesetzblatt für das Burgenland  
Amt der Bgld. Landesregierung  
Europaplatz 1, 7000 Eisenstadt

Post.at  
Bar freigemacht/Postage Paid  
7000 Eisenstadt  
Österreich/Austria

Das Landesgesetzblatt für das Burgenland wird vom Amt der Burgenländischen Landesregierung in Eisenstadt herausgegeben und erscheint nach Bedarf.

